

Rede
Kiel, 09.07.2014

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Tiertransporte sollten so kurz wie möglich gehalten werden

Mit der vorübergehenden Schließung und der Diskussion um die Zustände auf dem Schlachthof in Bad Bramstedt wurde auch eine Diskussion um die Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein in Gang gesetzt. Hieraus resultiert auch der Bericht.

Die Landesregierung gibt mit ihrem Bericht einen guten Überblick über die derzeitige Lage in Schleswig-Holstein. Demnach stehen wir bei uns im Land vor der Situation, dass die Tierproduktion – Schweine und Rinder – weitaus größer ist, als die vorgehaltenen Schlachtkapazitäten. So dass, der größte Teil der Tiere außerhalb Schleswig-Holsteins geschlachtet werden muss. Besonders deutlich ist dies am Schweinemarkt zu beobachten, wonach nur 30% der produzierten Mastschweine in Schleswig-Holstein geschlachtet werden.

Die übrigen 70% werden nach Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg aber auch nach Sachsen transportiert.

Für diese durchaus kritisch zu betrachtenden Situation gibt es mehrere Ursachen. Zum einen ist dies auf den Strukturwandel in der europäischen Schlachtbranche zurück zu führen und zum anderen dominieren die großen Schlachtbetriebe den Markt. Es bestehen überregionale Überkapazitäten die den Markt weiter verschärfen. Diesem Druck sind auch die Schlachtbetriebe in Schleswig-Holstein ausgesetzt.

Zudem wird deutlich, dass die Transportkosten kaum eine Rolle spielen. Je länger die Strecke, desto geringer wird der Preis pro gefahrenen Kilometer. Und je größer und effektiver der Schlachtbetrieb, desto niedriger ist der Schlachtpreis pro Tier. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Durchschnittskosten bei 500.000 Schlachtungen mit 10 Euro pro Schwein kalkuliert werden und bei 1 Mio. Schlachtungen nur noch mit 8 Euro kalkuliert wird. Dies ist durchaus nachvollziehbar, aber es führt auch dazu, dass unterschiedliche Preise pro Kilo Fleisch in den deutschen Schlachtbetrieben gezahlt werden. Und damit werden Anreize geschaffen, die Tiere weiter als nötig zu transportieren.

Hier spielen dann die Transportkosten eine Rolle, wo festzustellen ist, dass die Transportkosten einfach zu niedrig einzuschätzen sind. Denn es ist nach Ansicht des SSW mehr als kritisch zu bewerten, dass die Tiere kurz vor ihrer Schlachtung noch mehrere Stunden eingepfercht im Transporter auf der Autobahn verbringen müssen. Zynisch könnte man sagen, dass Mastschweine vorher noch nie so viel Sonnenlicht gesehen haben, wie auf ihrem Weg zum Schlachthof.

Trotz bestehender gesetzlicher Bestimmungen beim Verbringen der Tiere in andere Bundesländer, ist aus tierschutzpolitischer Sicht das Maß übervoll. Diese Entwicklung darf sich nicht weiter verschärfen. Tiertransporte sollten

so kurz wie möglich gehalten werden. Der Bericht macht deutlich, dass auf längere Sicht eher mit einer Verschärfung der gegenwärtigen Bestimmungen zu rechnen ist. Dies wäre durchaus wünschenswert.

Das würde bedeuten, dass dies unmittelbar Auswirkungen haben könnte, auf die Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein. Aus dem Bericht geht hervor, dass eine Wertschöpfung von 25% der Erlöse bei der Schlachtung und Verarbeitung von Schweinen erzielt wird. Es gibt also gute Gründe, um nennenswerte Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein vorzuhalten.

Die Förderung großer Schlachtbetriebe ist nach derzeitigen nationalen und EU-rechtlichen Gründen nicht möglich. Es ist aber zu begrüßen, dass die Landesregierung sich bei der Förderung der Verarbeitung und Vermarktung von Tieren auf kleinere und regional orientierte Unternehmen konzentriert. Auch wenn diese Kleinst- und Kleinbetriebe nicht die Massen verarbeiten können, wie sie derzeit in Schleswig-Holstein produziert werden, tragen sie dazu bei, die Wertschöpfung vor Ort in den Kommunen zu stärken und es verringert die Transportzeiten auf ein Minimum. Dies ist auch ein guter tierschutzpolitischer Ansatz.